

<https://www.nius.de/news/impfung-gegen-fake-news-correctiv-journalistin-gab-workshop-fuer-den-verfassungsschutz/7381a034-15cd-4cc2-bf33-f3eb4c1641e2> 26.2.2024

„Impfung“ gegen Fake News: Correctiv-Journalistin gab Workshop für den Verfassungsschutz

Seit 2021 gibt es im Bundesamt für Verfassungsschutz ein „Zentrum für Analyse und Forschung (ZAF)“. Im September 2023 organisierte es eine [Wissenschaftskonferenz](#). Das Thema hatte mit der eigentlichen Aufgabe der Behörde nichts zu tun: „Meinungsbildung 2.0 – Strategien im Ringen um Deutungshoheit im digitalen Zeitalter“. Correctiv war mit einem merkwürdigen Workshop vertreten, bei dem es um „präventive“ Bekämpfung von Fake-News ging.

Der AfD-Politiker Leif-Erik Holm fragte per schriftlicher Anfrage das Innenministerium, dem das Bundesamt für Verfassungsschutz unterstellt ist, ob es „zwischen dem 1. Januar 2023 und dem 12. Februar 2024 Treffen, Kontakte oder Gespräche zwischen Vertretern des Bundesamts für Verfassungsschutz oder anderen Sicherheitsbehörden und Mitarbeitern des Correctiv-Netzwerks“ gab, und wenn ja, wann und aus welchem Anlass sie denn stattgefunden hätten.

Bundesregierung verweigert Auskunft

Die Bundesregierung verweigerte jedoch unter Verweis auf die Pressefreiheit Correctivs die Auskunft.

Dies kommentierte Leif-Erik Holm gegenüber NIUS folgendermaßen: „Ein klares Dementi sieht anders aus. So hat es den Anschein, dass sich die Bundesregierung in ihrer Antwort hinter dem Argument der Pressefreiheit nur versteckt, um auf unbequeme und brisante Fragen nicht antworten zu müssen. Anders ist es kaum zu verstehen, warum das Innenministerium auf einmal Quellenschutz für das Correctivnetzwerk betreibt. Das gehört nicht zu seinen Aufgaben oder Pflichten. Der Vorwurf, dass der Verfassungsschutz Journalisten von Correctiv bewusst angefütert hat, um sie gegen die Opposition zu instrumentalisieren, steht damit immer noch im Raum.“

<https://heilpraktiker-newsblog.de/2024/02/13/regierungsbeauftragter-unterstellt-antisemitismus-bei-heilpraktikern-und-homoeopathen-wenn-diese-schulmedizin-und-corona-politik-kritisieren-heilpraktiker-dachverband-ddh-geht-dagegen-v/> 13.2.2024

[Regierungsbeauftragter unterstellt Antisemitismus bei Heilpraktikern und Homöopathen, wenn diese Schulmedizin und Corona-Politik kritisieren / Heilpraktiker-Dachverband DDH geht gegen Äußerung vor](#)

Heilpraktiker und Homöopathen sehen sich seit Jahren einer Kampagne der Anti-Komplementärmedizin-Lobby ausgesetzt, die beide Berufe verbieten lassen will. Die Methoden der Lobby reicht von der Studien-Verunglimpfung bis hin zu Nazi-Vergleichen. Nachdem die Lobby ihre Anti-Kampagne über Social Media gestartet und über die Medien verbreitet hat, ist die Kampagne nun bei der Politik angekommen. Die Bundesregierung will Heilpraktiker und Homöopathen stärker regulieren, wie die aktuelle Kampagne des Gesundheitsministers gegen die Homöopathie zeigt.

Dagegen formiert sich Widerstand, z.B. mit einer [Petition beim Bundestag zur Rettung der Homöopathie](#). Und die aktuelle Regierung übernimmt nicht nur die Ziele der Anti-Komplementärmedizin-Lobby, sondern inzwischen auch deren fragwürdige Methoden, wie das folgende Beispiel zeigt. Der Dachverband Deutscher Heilpraktikerverbände (DDH) lässt sich das nicht widerspruchslos gefallen und geht dagegen vor.

Anlässlich des Holocaust-Gedenktages im Januar führte eine Regionalzeitung ein Interview mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Antisemitismus, Felix Klein. Das Interview enthält zahlreiche Passagen zum Thema Heilpraktiker und Homöopathie und erschien am 27.01.2024 im Schwäbischen Tagblatt. Der interviewte Regierungsbeauftragte, der beim Innenministerium angesiedelt ist, hat das Thema Heilpraktiker und Homöopathie von sich aus angesprochen. Er spannt den Bogen vom Heilpraktikergesetz über die Kritik an den Corona-Maßnahmen der Regierung bis hin zu Demonstrationen gegen die Regierung. Das Fazit des Regierungsbeauftragten: Er sieht eine „Anschlussfähigkeit von antisemitischen Narrativen“, wenn jemand an der Schulmedizin zweifelt

und die Corona-Maßnahmen der Regierung kritisiert. Ausdrücklich nennt der Regierungsbeauftragte in diesem Zusammenhang Heilpraktiker und Homöopathie. Und der Regierungsbeauftragte geht noch einen Schritt weiter. Da das Heilpraktikergesetz aus dem Jahr 1939 stamme, müssten die Heilpraktiker „ihre Vergangenheit kritisch reflektieren“.